



An die Berliner Medien

Berlin, 11. Januar 2023

IG Metall Berlin fordert Ausbildungsplatzumlage – „UVB-Kritik scheint aus der Zeit gefallen“

Seit 2019 ist die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze deutschlandweit um 10 Prozent zurückgegangen. Noch alarmierender sind die Zahlen in Berlin: In keinem anderen Bundesland ist der Anteil an ausbildenden Unternehmen mit 11,2 Prozent und der Anteil von Auszubildenden in den Belegschaften mit 3,2 Prozent geringer!

„In Berlin entziehen sich mehr Betriebe ihrer sozialen und wirtschaftlichen Verantwortung als im Rest der Bundesrepublik, dort liegt die Quote bei knapp 19 Prozent“, sagt **Jan Otto**, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Berlin. „Die Unternehmen in Berlin sind in der Verantwortung. Wer ausbildet, wird durch die Ausbildungsplatzumlage nicht bestraft, wie es der UVB darstellt. Und eine Ausbildungsplatzumlage kann so ausgestaltet werden, dass alle damit gut leben können. Alle haben verstanden, dass wir einen immensen Fachkräftemangel haben. Die UVB-Kritik erscheint daher wie aus der Zeit gefallen und wie ein Relikt aus dem letzten Jahrhundert. Ich erwarte, dass sich der Arbeitgeberverband der sozialen Verantwortung stellt, um Berlin gemeinsam nach vorne zu bringen. Das geht nur gemeinsam mit den jungen Menschen.“

Bei der geforderten Ausbildungsplatzumlage geht es darum, dass Unternehmen einen gewissen Prozentsatz ihrer Bruttolohnsumme in einen Fonds einzahlen sollen. Betriebe, die Ausbildungsplätze anbieten, können dann aus diesem Fonds Geld für die Ausbildungskosten bekommen. Ziel ist es, mit der Regelung Unternehmen dazu zu bewegen, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen und vor allem die Qualität der Ausbildung zu steigern.

„Die Berufsausbildung ist und bleibt der Grundstein unseres Wohlstandes“, so **Jan Otto**, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Berlin. „Ohne eine gute Ausbildung fehlen den Betrieben wichtige Fachkräfte und den jungen Menschen Perspektiven auf ein gutes Leben. Gerade in Zeiten der Transformation mit sich immer schneller ändernden Arbeitsprozessen und der ökologischen Dringlichkeit für neue Technologien und klimafreundlichere Arbeit braucht es eine qualitativ hochwertige Ausbildung mit Zukunftsperspektiven und Inhalten, die den hohen Anforderungen an Fachkräfte gerecht werden.“

„Das Geld aus der Umlage kommt gerade den Unternehmen zugute, die ohnehin schon ausbilden“, so **Jakob Heidenreich**, Jugendsekretär der IG Metall Berlin. „Wer auch weiterhin ausbildet, bekommt durch die Ausbildungsplatzumlage einen Zuschuss, der beispielsweise durch mehr Personal und moderne Maschinen die Qualität und damit auch die Attraktivität der dualen Berufsausbildung steigert.“



Im Oktober wurde ein Gutachten von Rechtswissenschaftler Ulrich Battis veröffentlicht, das dem Land Berlin die Gesetzgebungskompetenz attestiert. Damit ist der Weg frei, um eine Ausbildungsplatzumlage in Berlin auf den Weg zu bringen.

Die Resolution finden Sie im Anhang als PDF.

Für Rückfragen: Andrea Weingart, 0170 33 33 025